

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzelle oder deren Raum 176.— Markt, Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangehörigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 16.— Markt. — Reklamepreis: Die Millimeterzelle 4 gespaltene oder deren Raum im Text 500.— Markt.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Austräger Einzelnummer 250 Mt. 1200.— Mt. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 250 Mt. 1200.— Mt. pro Monat und Gutschrift des Differenzbetrages für Monat Juli. — Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 60 Postfachkonto: Breslau Nr. 819 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 9887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 132.

Sonnabend, den 9. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Vor dem Generalstreik in Oberschlesien!

80000 Streikende in Oberschlesien / Proletarischer Ordnungsdienst in Gleiwitz / Unruhen in Genstenberg / Die Landarbeiter harren aus! Streik auf den Dittersbacher Gruben

Der Sieger Stinnes

Das Memorandum der Cuno-Regierung

Am Freitag ist die Arbeiterschaft der Königs-Luise-Grube, der Rebenhütte, der Ober-schlesischen Kokswerke, der Stahlwerke, der Wüthgrube, der Deichselwerke, der Kokswerke Babrze, der Voremba-Kokswerke, der Waggonfabrik R. Böhmer u. Co., sowie anderer mittlerer Betriebe dem Streik beigetreten. Der Betriebsrat der Kraftwerke Bobref hat gestern vormittag einstimmig den Beschluß gefaßt, den Betrieb still zu legen. Die Belegschaft hat darauf die Arbeitsstätte verlassen. Das vom Kraftwerk Bobref abhängige Vorwerk mußte daraufhin den Betrieb einschränken. Die ober-schlesischen Elektrizitätswerke werden über den Beitritt zum Streik heute nachmittag um 2 Uhr beschließen, wenn bis dahin die Forderungen nicht erfüllt sind.

Die bürgerlichen Schwindelblätter, die bisher über die Ausdehnung des Streikes unwahre Angaben machten, müssen heute kleinlaut eingestehen:

„Von einem Abebben der Ausfallsbewegung kann nach der gegenwärtigen Lage leider keine Rede sein, vielmehr ist die Gefahr eines Generalstreiks in Oberschlesien in greifbarer Nähe gerückt.“

In Gleiwitz haben sich folgende Betriebe dem Streik angeschlossen:

Oberschlesische Eisenindustrie Oberwerk, Untertwerk und Neutwerk, Gleiwitz; O. S. W. Jaborze, Böhmer, Wagenfabrik, Gleiwitz; Me-guin, Aktiengesellschaft, Gleiwitz; Weimann u. Lange, Gleiwitz; Staatliche Hütte, Gleiwitz; Driesheim, Elektr., Gleiwitz; Chemische Werke, Sosniza.

Der polnische Zentralvorstand hat an die Zentral-Streikleitung ein offizielles Schreiben gerichtet, in welchem er bekundet, daß er sich für die Forderungen der Streikenden einsetzt und mit den übrigen Gewerkschaften sofort Verhandlungen eingeleitet habe, damit die Gewerkschaften den Streik sanktionieren.

Aus polnisch-Oberschlesien erfährt bei der Zentral-Streikleitung eine Delegation von Betriebsräten und Arbeitern, die den deutschen Arbeitern und Streikenden ihre Sympathie ausdrückte.

Die Sympathieen der Bevölkerung auf Seiten der Streikenden

Die Streikenden in Deuthen veranstalteten gestern eine Geldsammlung bei der Kaufmannschaft von Deuthen und Umgebung, die der Betrag von mehreren Millionen ergab. Die Deuthener Kaufmannschaft will in einer noch stattfindenden Versammlung über weitere Geldunterstützungen an die Streikenden beschließen.

Die Verhöpfung der Zahl der Streikenden in einem Tage beweist, wie lebhaft die Bewegung von allen Arbeitern ohne Unterschied der Richtung getragen ist. Die Streikenden besetzt nur ein Gebirge:

Ausharren bis zum Sieg!

Streik in Dittersbach

Dittersbach, 8. Juni.

Die Dittersbacher Gruben, (Melchior-Grube Eugen-Syagel, Werner-Schacht und Ernestine) haben seit heute morgen im Streik. In großem Zuge marschierten die Kumpels vor das Verhandlungs der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter des Berg-Arbeiter-Verbandes lehnt den Streik an sich, sowie die Verhandlungen für die Forderungen aufzugeben. Der Berg-Arbeiter-Verband hat sich nach der Schauer

wo Delegationen gewählt wurden, um die anderen Gruben zu benachrichtigen. Außerdem wurden provisorische Streikposten gestellt. Erfordert wird eine einmalige Zulage von 200.000 Mark und 100 Prozent Lohnerhöhung. Die Stimmung ist für Kampf!

Heute nachmittag 2 Uhr traten die Gesamtbelegschaften der Dittersbacher Gruben auf dem Neuhäuser Platz zur weiteren Besprechung der Lage zusammen.

Unruhen im Genstenger Braunkohlenrevier

Die Grubenherren provozieren!

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Genstenberg kam es gestern zu Unruhen auf der Grube „Erika“ der Jße-Bergbau-Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft hatte den Bergleuten einen Vorstoß (?) von 50.000 Mark gezahlt, ihn aber bei der letzten Lohnzahlung wieder vollständig abgezogen. Die Erzeugung unter den Bergleuten war darüber so groß, daß sie in einem Demonstrationsszug zum Verwaltungsgebäude zogen. Als die Direktion jede Verhandlung ablehnte, plünderte die Menge das Kaufhaus der Jße-Bergbau-G.m.b.H. Auch auf den anderen Gruben der Jße-Bergbau-Aktiengesellschaft ist die Stimmung sehr erregt.

Steuerungsdemonstration in Striegau

Striegau, 8. Juni.

Die katastrophale Steuerung und die Hungerlöhne veranlaßten die Steinarbeiter zu einer Steuerungsdemonstration.

Die Steinarbeiter verlangen eine Wirtschaftsbefähigung von 50- bis 100.000 Mark. Die Unternehmer verhalten sich ablehnend. Die Arbeiter marschierten betriebsweise zur Demonstration auf. Die Kundgebung verlief ohne Störung.

Telegraphenarbeiterstreik in Berlin

Bei den Berliner Telegraphenbauern und dem Telegraphenzeugamt ist gestern ein Teil der Telegraphenarbeiter in den Streik getreten. Die Telegraphenarbeiter fordern eine sofortige Wirtschaftsbefähigung von 150.000 Mt. und die Erhöhung der Juni-Löhne um 100 Prozent statt 66 2/3 Prozent gegen den Mai. Der Betriebsrat sabotiert den Streik. Die Telegraphenbauern und das Telegraphenzeugamt haben, da sie den Streik als „wildes“ bezeichnen, unter Androhung der straflosen Entlassung die Streikenden aufgefordert, bis Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. In Berlin ist eine Urabstimmung unter den Arbeitern ungenommen worden. Von 2100 Arbeitern nahmen 200 an der Urabstimmung teil. Davon sprachen sich 1900 für den Streik aus.

Der DDB. lehnt die Agrarier!

In der „Volksmacht“ schreibt der DDB, daß er im Besitze einer Statistik sei, die von keiner Regierungsstelle und auch von keinem Arbeitgeberverband mehr angezweifelt werde und die beweise, daß die führenden Zehnte der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände durch ihr Verhalten die Landarbeiterschaft seit einem Jahre vollständig verelenden und verclumpen lassen. Er schreibt weiter, daß eine Veröffentlichung dieser Statistik in den Kreisen der Landarbeiterschaft eine Wirkung haben dürfte, die sich nur der ausmalen könne, der wisse, was es heißt, wenn er die ganze Woche für den Paragrafen im Werte von 450 Gewann Margarine arbeiten muß!

Aus diesem unzufriedenen Einverständnis des DDB geht hervor, daß der DDB seit einem Jahre der Verelendung der Landarbeiterschaft zuseht, daß er keinen Augenblick die Unterdrückung und Ausbeutung der Landarbeiterschaft gebildet hat, bis er den Dingen der Landarbeiter endlich gegenüber den Dingen der Landarbeiter aufzukommen mußte. Er geht daraus hervor, daß

der DDB, in dem Augenblicke, da es gilt, rücksichtslos alle Mittel des Kampfes zu gebrauchen, Mitleid mit den Agrariern hat, daß er sich schämt, sein Anlagematerial gegen die Krautjunker zu veröffentlichen, weil das zur Verschärfung des Kampfes beitragen könnte.

Nur nicht dem Agrarier wehe tun! Das ist auch heute noch die Parole des DDB, wo die Landarbeiterschaft Schlesiens im Verzweiflungskampfe steht!

Landarbeiter! Zwingt den DDB zur Veröffentlichung der Statistik! Erinnert eure Führer daran, daß Schonung des Krautjunkers gleichbedeutend ist mit dem Verrat eures Hungerkampfes! Macht Euch nicht abermals verraten!

Textilarbeiterstreik in Rheine

In Rheine sind 3000 Textilarbeiter von vier Betrieben in den Streik getreten. Der Anlaß hierzu war ein ungenügender Tarifvertrag, dem die Gewerkschaftsvertreter zustimmten, obwohl er nur 35 Prozent Erhöhung zu den Grundlöhnen vorsieht. Die Arbeiter halten dieses Zugeständnis für unzureichend und bestehen auf einer 100-prozentigen Erhöhung und Auszahlung einer einmaligen Zulage von 100.000 Mt. Die Verhandlungen haben den Streik bisher noch nicht anerkannt und bezeichnen ihn als einen „wildes“. Die Textilarbeiter von Rheine leiden seit Monaten unter den Folgen der Kurzarbeit und sind deshalb über den ungenügenden Tarifschluß äußerst erbittert.

Streik in der sächsischen Tafelglasindustrie

Die Arbeiter der sächsischen Tafelglasindustrie sind am Montag in den Streik getreten. Die Unternehmer erdreisteten sich den Arbeitern für den Monat Juni — eine 10prozentige Lohnerhöhung anzubieten obwohl sie durch ihre Monopolstellung ungeheure Gewinne erzielt haben.

Die englische Arbeitererschaft gegen den Bruch mit Sowjetrußland

„Daily Herald“ teilt mit: Auf der Tagung des britischen Bergarbeiterverbandes wurde eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert, das Handelsabkommen mit Rußland nicht zu kündigen. Die Resolution erklärt, daß jede Veränderung der gegenwärtigen Politik die Bergbauindustrie des Landes ernstlich beeinflussen und das Elend der Bergarbeiter vermehren würde: „Wir müssen das Recht des russischen Volkes anerkennen, jede beliebige Regierungsform zu haben, die es wünscht; jede Einmischung darin wäre eine Verletzung der einfachsten Grundsätze der Demokratie.“

Der Ministerpräsident Baldwin hat ein Schreiben an den Sekretär der englischen Arbeiterpartei Henderson gerichtet, worin er hervorhebt, daß er von den Arbeiterorganisationen so viele Resolutionen über die Beziehungen Englands zu Rußland erhalten habe, daß er auf jede einzelne Resolution nicht geantwortet könne. Er bitte, diesen Brief als Empfangsbestätigung sämtlicher Resolutionen zu erachten.

Zimmer höher hinauf. Der Preis für 1 kg Zement — ohne Fracht und Verpackung — ist auf 300 Mt. erhöht worden. Im Kleinverkauf — bis 2500 kg — erfolgt noch ein Zuschlag von 30%.

Im Preisverfall. Für eine Rolle Nüßgarn (Obergarn) müssen nur 1232 Mt. gezahlt werden. Früher belief man für einen Stundenlohn 8-10 Rollen Garn, jetzt muß man 5-6 Stunden für eine Rolle arbeiten. Das ist Niederstuf nach arbeitgemeinschaftlichen Methoden. Um diese zu erhalten, etabliert sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie als Gesellschaft zur Vernichtung der Kommunisten.

Spiegel. In Darmstadt wurden mehrere Spiegel verhaftet, die in französischem Gold stunden und der Organisation beim angeheben. Sie waren auch in anderen nationalsozialistischen Organisationen sehr aktiv und erhielten von den Franzosen große Summen. In Eisenfeld sammelte sich heute der aufständigen nationalsozialistischen Organisation vor dem Haus in dem Hause, Seckel. Sie tragen keine Karabiner, sondern gelbes...

Das Memorandum der Cuno-Regierung

U. S. H. Das gestern den alliierten Regierungen überreichte „Memorandum“ der Cuno-Regierung ist ein glatter Sieg der Schwerindustriellen und im besonderen von Hugo Stinnes und seiner französischen Kompagnons. Das „Gutachten“ der Schwerindustriellen, der Raubzugspian gegen die deutsche Arbeiterklasse, ist offiziell von der Cuno-Regierung sanktioniert. Stinnes u. Co. haben mit dem Revolver an der Seite der Cuno-Regierung die Reichsbahnen verlangt. Sie bekommen sie. Die Reichsbahn wird von dem „sonstigen Reichsvermögen“ losgelöst und in ein „Sondervermögen“ umgewandelt, das „unter eigener Verwaltung“ steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die vom 1. Juli 1927 ab mit 5% verzinst sind, also 500 Millionen Goldmark jährlich liefern sollen. Die Schwerindustrie und das übrige Großkapital wird sich der Eisenbahnen in Form der Goldobligationen bemächtigen können. Das bedeutet praktisch die Staatsfälligkeit.

Zweitens werden angeblich die 500 Millionen Goldmark jährlich, die die Industriellen vorgeschlagen haben, entweder im Rahmen einer allgemeinen Steuer oder unmittelbar von den belasteten Objekten.

Drittens werden die Zölle auf Genußmittel und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker, sowie die Extraprozente des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Rohertrag wird auf etwa 200 Millionen Goldmark jährlich veranschlagt. Es wird aber auf die Möglichkeit der Steigerung hingewiesen. Die Summe wird dadurch unmittelbar als Steuerbeiträge der deutschen Arbeiter eingeseht. Wie in China oder früher in der Türkei.

Die Cuno-Regierung läßt in dem Memorandum endlich die Seitenklasse von großen internationalen Anleihen vlagan. Sie bietet Jahreszahlungen in der Gesamthöhe von 1,2 Milliarden Goldmark an. Die Gesamthöhe der Leistung soll durch eine „unparteiische internationale Instanz“ festgestellt werden. Die Cuno-Regierung ersucht um eine Konferenz, „an den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren.“

Vom passiven Widerstand ist in dem Memorandum keine Rede mehr.

Von der Ausräumung des Ruhrgebietes — kein Silbe!

Das ist die Waffenstreckung.

Das ist die Preisgabe des Ruhrgebietes, die Zerstückelung Deutschlands.

Die Bourgeoisie hat noch zuletzt versucht durch Provokation eines Ruhrputsches die Schuld der Kapitulation auf die Arbeiterklasse abzuladen und gleichzeitig die Kommunistische Partei, den revolutionären Kopf und Herz des Proletariats, niederzuschlagen. Der teuflische Plan ist dank der Energie und Kaltblütigkeit der Kommunistischen Partei mißlungen.

Die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierung trägt vor aller Welt die volle und ausschließliche Verantwortung für die Kapitulation vor Poincare und Stinnes.

Das Memorandum unterläßt es, die von der Schwerindustrie vorgeschriebenen Bedingungen zur Auslieferung der Arbeiterschaft mit Haut und Haaren noch extra aufzählen. Das alles ist stillschweigend mit eingeschlossen!

Die Befestigung des Achtstundentages, der Rechte der Betriebsräte, die Beamtenauslassungen, die Auslieferung der Mieter, das Hinanstrecken der Kriegsbefähigten und den Verlassen, die Befestigung der Zwangsarbeit, die Befestigung der Zwangsarbeit...

tralle: Nur die unbeschränkte Diktatur des Proletariats.

Was wird nun geschehen? Frankreich und Belgien werden die volle und offene Unterwerfung, die Aufgabe des passiven Widerstandes, die Beibehaltung der Wahrung des Ruhrgebietes verlangen. Sie werden den Stinnesplan der Samo-Regierung oder ihrer Nachfolgerin als Ultimatum präsentieren. England, das auf einen Bruch mit Sowjetrußland zuheuert, wird Frankreich-Belgien freie Hand lassen.

„Wutenden Herzens“ wird die Schwerindustrie sich den Stinnesplänen fügen, die ihr auf der Brise französischer Bajonette aufgedrungen werden.

Und sie wird alle Hunde des Faschismus loslassen, um die Arbeiterklasse dem Diktator von Poincaré-Stinnes zu unterwerfen.

Die Arbeiterklasse betritt jetzt eine Zone höchster Gefahr, aber auch größter Aufgaben. Die deutsche und die französische Bourgeoisie treten ihr jetzt (trotz scheinbaren Gegensatzes) geschlossen gegenüber. Nur eiserne Entschlossenheit und Geschlossenheit kann jetzt die Arbeiterklasse befähigen, sich den Weg ins Freie zu bahnen.

Entweder die eiserne Diktatur des vereinigten deutsch-französischen Kapitals und die äußerste kapitalistische Ausbeutung oder die geschlossene Aufnahme des Kampfes um die Arbeiterregierung und um die ersten Schritte zum Sozialismus, die Erfassung der Sachwerte durch den Arbeiterstaat und die Kontrolle der Produktion durch die Organe der Arbeiter und Angestellten.

Gleichzeitig gilt es, die vollständige Entwaffnung der Faschisten durchzuführen, die morgen sich auf die Arbeiterklasse stürzen werden.

Der furchtbare Ernst der Lage läßt keine Halbheiten zu. Entweder die Arbeiterklasse wird den Faschismus niederschlagen, oder die Bourgeoisie wird mit der Waffe des Faschismus die Arbeiterklasse niederschlagen.

Ruhrgebiet, Sachsen: das sind nur Anfänge. Jetzt gilt es, restlos jede Fabrik, jeden Betrieb zu mobilisieren.

Das Memorandum der Samo-Regierung leitet den zweiten Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie nach dem Weltkrieg ein.

Die eiserne Fesse einer internationalen Reaktionsherrschaft schwebt über dem Haupt der deutschen Arbeiterklasse. Sie muß durch die vereinigte Anstrengung der Arbeiterklasse durchbrochen werden.

Die deutsche Arbeiterklasse braucht nicht davon zurückzuschrecken, die ersten Schritte zum Sozialismus sich zu erlauben. Sie hat in ihrem Schoß alle Kräfte zur Kontrolle und Leitung der Wirtschaft. Um zu liegen, braucht sie nur eins: die Geschlossenheit!

Die Bourgeoisie wird weiter versuchen, durch ihre Faschistenhorden hysterische Aktionen der Arbeiterklasse zu provozieren und sie, wie 1919/20 nachts, hinfällig niederschlagen.

Geschlossener Aufmarsch, geschlossene Aktion des Proletariats, eiserne Niederwerfung aller Führerelemente, die sich der Einheitsfront des Proletariats entgegenstellen, geschlossener Kampf um die Reichsarbeiterregierung, das muß jetzt die breiteste Massenlösung werden.

Gegen den Verrat der Stinnessozialisten

Statt wie in Dresden gemeinsame proletarische Handlungen zur Sicherung der demokratischen Arbeiterfront gegen faschistische und Polizeipropaganda einzuleiten, erklärte im Auftrage der Leitung der sozialdemokratischen Volkszeitung Dr. G. Fleißner, mit dem ganzen Hochmut des Verrats: „Für Ruhe und Ordnung wird die Polizei sorgen. Wir werden mit aller Energie unsere Pflicht erfüllen.“ Sie haben ihre Pflicht erfüllt: 9 Arbeiter liegen tot auf dem Pflaster.

Die kommunistische Partei Leipzigs macht nunmehr, trotz aller Beschönigungen, trotz der verzerrten Berichterstattungen, die auch aus diesem Kreis wieder auf sie herübergerissen, trotz der bittersten Randalligen Haltung der Leipziger Sozialdemokratie, die bisher nicht getan hat für die Überwindung, einen neuen Versuch, alle Arbeiterorganisationen für den Kampf um die soziale Gerechtigkeit zu mobilisieren. Sie wendet sich nunmehr in einem offenen Brief an die SPD Sachsen und an die sozialdemokratische Regierung, in dem sie verlangt:

1. Sofortige Abberufung des Leipziger Polizeipräsidenten Fleißner, der durch den Einsatz der schwerbewaffneten Polizei die Hauptschuld an den blutigen Ereignissen trägt;
2. Einleitung einer Untersuchung gegen den überaus hochbetrauten und seine Befehlsbefugnisse missbrauchenden Polizeipräsidenten Fleißner;
3. Verhaftung und Aburteilung der Haupttäter;
4. Freisetzung des über Leipzig verhängten Besatzungsstandes;
5. Entlassung der Leipziger Polizei durch die proletarischen Handhelfer;
6. Sofortige Erfüllung der Forderungen der Gewerkschafter, die ein Minimum begehren;
7. Beschaffung der hierzu notwendigen Mittel durch eine Zwangsleihe bei Industrie, Bankwirtschaft, Handel und Gewerbe.

Die Leipziger SPD und die Regierung haben es nur in der Hand, noch einmal die proletarische Einheitsfront gegen den Hunger und gegen den

Faschismus aufzurichten. Die kommunistische Partei reicht ihnen im Interesse des Proletariats, selbst über die Leichen der ermordeten Arbeiter hinweg, die Hand dazu. Die Forderungen sind Selbstverständlichkeiten. Wenn die Regierung und die Parteibürokratie der SPD, die trotzdem nicht erfüllen sollten, so liefern sie damit den Beweis, daß ihnen nichts daran liegt, das Proletariat vor Hunger und Prostitution zu beschützen, sondern daß sie es als ihre Aufgabe betrachten, das Proletariat zu spalten und es nach rassistischen Methoden blutig niederzuhalten im Interesse ihrer Regierungspolitik und ihrer Freundschaft mit den bürgerlichen Parteien.

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse Sachsen aufrafft mit den Rippen und Knorpeln. Die sozialistische Regierung in Sachsen kann nicht den Sinn haben, nach bayerischem und preussischem Muster zu regieren und mit dem Gleich der Arbeiterklasse Schuldüber zu treiben. Die Kommunisten werden sich des sozialdemokratischen Verbrechens mit schuldig machen, wenn sie das Anhängsel für eine solche Regierung abgeben. Entweder ober! Entweder die faschistische SPD hört auf, nach den Wünschen der Weis und Lipinski eine Unternehmerrpolitik in Sachsen zu betreiben oder sie kann zum Teufel gehen.

Die proletarische Not und der Reichstag

Berlin, 9. Juni

Welch hartes Schicksal jede Ernährung der augenblicklichen Not bei der Bevölkerung weckt, zeigen die Reichstagsdebatten am gestrigen und am heutigen Tage. Sie sind erschreckend voll. Um so skandalöser, daß die Abgeordnetenliste gebende Kasse ausfallen. Der Beginn der heutigen Sitzung war die ganze rechte Hälfte überhaupt leer. Nicht einmal Horchposten waren zur Stelle. Bald nach den Reden der einzelnen Fraktionen fanden sich dann kleine Gruppen der Fraktionsgenossen des Reichstages an diesen die vitalsten Volkswirtschaftlichen Fragen kann man schließlich nicht reden. Freilich war auch nicht von allergrößter Bedeutung, was die bürgerlichen Redner zur Volksnot zu sagen hatten.

Der Zentrumsgesandte Elard hielt eine Klagerede über die Not des Mittelstandes und wurde dabei von dem Volksparteiler F. D. Eisele, einem sächsischen Spießbürger, nach Kräften unterstützt.

Der deutschnationale Wien bed, martierte in der Form zwar den dräuungsvollen Junker, in der Sache indessen wirkt er mehr komisch, als sachlich.

Der bürgerliche als Vorken- und Bankfachverständiger, bemühte die Notstandsdebatte zur Schilderung der „elenden Lage“ der armen Arbeiter.

Nach einem langweiligen Vortrag des bayerischen Staatsanwalts und Volksparteilers G. M. Müller, erhielt als Redner der kommunistischen Fraktion das Wort.

Genosse Ederer

Nach den Reden der Minister muß man den Eindruck bekommen, daß unsere Regierung auf dem Monke lebt, denn sie hat scheinbar keine Ahnung von der ungeheuren Notlage des arbeitenden Volkes und kein Gefühl für den Hunger, den Jammer und das Elend der breitesten Schichten. Die Not hat geradezu furchtbare Formen angenommen, der Hunger greift über ganz Deutschland und weite Kreise des Volkes werden dem langsamen, aber sicheren Hungertode ausgeliefert. Die Unterhaltskosten sind um das 1200fache gestiegen, die Löhne und Gehälter dagegen nur um das 3-400fache. Die Krankheitsziffern, insbesondere die Tuberkulose, steigen erschreckend, Unterernährung hat heute schon den größten Teil des Volkes erfaßt. Die Fälle von Hungerstich, Sturz, häufen sich jetzt, von den steigenden Selbstmordziffern gar nicht zu sprechen. Ein Symptom für die Verelendung der Volksmassen ist auch das Anwachsen des Alkoholismus. Neben diesem Elend der arbeitenden Schichten haben wir noch jetzt eine Million Arbeitslose und drei Millionen Hungerarbeiter, die völlig ungenügend entschädigt werden. Die Not der 2 800 000 Sozialrentner, der Invaliden, Witwen und Waisen ist entsetzlich.

Die Erbitterung und Empörung der leidenden und hungernden Massen ist bis aufs äußerste gestiegen, weil tatsächlich die Lage des Volkes unerträglich geworden ist. Die Massen sehen eben neben ihrem Hunger und Jammer den schamlosen Verrat und die Duldendepolitik der Kapitalisten.

Was wir jetzt erleben, ist ein katastrophaler Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftspolitik (Sehr richtig!), aber auch ein Zusammenbruch der Koalitionspolitik der Sozialdemokratie mit dem Bürgertum, denn die jetzigen Erscheinungen sind die Folgen der Politik der letzten Jahre. Schamhafteste Profit- und Hungerpolitik hat das deutsche Wirtschaftsleben in den letzten Jahren beherrscht und das kapitalistische System wird sich jetzt viel strampelnder, brutaler und in seinen Folgen verhängnisvoller aus als vor dem Kriege (Sehr wahr!). Es fehlt die Zeit, den ganzen Einheitsfront der deutschen Bourgeoisie zu unterwerfen. Die Gelbeschwarz, diese jacobinische Regel für das Volk, welche systematisch von der Sozialdemokratie gebildet.

Während am Rhein und an der Ruhr Millionen von Arbeitern, Angestellten und Beamten den Hungerkampf gegen den rassistischen Kapitalismus führen, macht die deutsche Bourgeoisie einen Dolchstoß nach dem anderen dieser Front in den Rücken. So sind die 250 Goldmarken der Reichsbank, die bei der Stützungsaktion verwendet wurden, heute im Besitze von Stinnes, Thyssen, Mühsen usw. In dem Untersuchungsbericht über den Zusammenbruch der Stützungsaktion unterzeichnet die Regierung und deren Organe alles, was den schamlosen Verstoß gegen die proletarischen Interessen betrifft, auf dem Namen der Verleumdung setzt, daß zwar auch hier nur gegen die Reichsbank vorgeht, während was die Arbeiter lassen läßt (Sehr wahr!).

Das Reichsministerium angefangen bis zur Hauptanleihe waren die sogenannten Volkswirtschaftler nicht als schändlich betrügerische Kackener, sondern als Volksvorgänger, das sind das Kapital, Stinnes usw. Sie haben die Arbeiter und Angestellten die schändlichsten Verbrechen unserer Industrie-

Zu der letzten Vage hat insbesondere beige-tragen die Völpelheit der Regierung, die seit März darauf ausgeht, die Löhne zu drücken und niedrig zu halten. Gerade diese Senkung des Reallohnes, dieses Mißverhältnisses zwischen der Leistungswelle und den Löhnen hat die Massen zur Verweigerung getrieben. So kam es auch zu dem großen Hungerkampf an der Ruhr, in dem einmütig elementar und spontan sich Hunderttausende von kommunistischen, sozialdemokratischen, arbeitslosen und liberalen Arbeitern erhoben gegen die brutale Lohn- und Völpelpolitik der Regierung. Gewiß ist es zu mancherlei blutigen Zusammenstößen gekommen, aber sie sind restlos zurückzuführen auf die Provokationen dunkler faschistischer Elemente und auf direkte Völpelarbeit der Reaktion. Wir würden uns nicht wundern, wenn morgen schon aus Ober-Sachsen die Nachricht käme, daß es auch dort diesen schmutzigen Völpeln gelungen sei, blutige Konflikte herbeizuführen.

Seit Tagen ist auch in Obersachsen ein Hungerkampf mit nur zu berechtigten Forderungen der Arbeiter entbrannt. Wie an der Ruhr, so stemmen sich auch dort die Gewerkschaftsführer diesem Streik entgegen, anstatt dessen Forderung zu übernehmen und die Unternehmer zu ersten Zugeständnissen zu zwingen. Wenn nicht ganz entscheidende Maßnahmen getroffen werden, stehen wir in Deutschland vor einer großen Welle gemaltiger Hunger- und Lohnkämpfe.

In dieser Zeit der schwersten Not kommen die Industriellen mit ihren sogenannten Garantieträgen. Dieses Dokument ist die freche Herausforderung der deutschen Arbeiterklasse seit Jahren. (Sehr wahr).

Die Opposition der Sozialdemokratie können wir Kommunisten nach allem was bisher geschehen ist, nicht ernst nehmen, sondern befürchten, daß es nur die geschickte Einleitung zum Eintritt in die große Koalition sein wird. Wenn die sozialdemokratische Breslauer „Vollmacht“ die Auflösung des Reichstages verlangt, so unterstützen wir Kommunisten diesen Wunsch.

Aus dem preussischen Schandparlament

Der größte Teil unserer ausgeschlossenen Genossen trat am Donnerstag wieder in den Landtag ein.

Die Beratung des von den Sozialdemokraten und den bürgerlichen vorgelegten Gesetz-Entwurfs zur Änderung des Ständegesetzes gab dem Genossen P. die Möglichkeit, in der allgemeinen Besprechung die Erklärung der SPD-Fraktion, deren Verlesung Keiner unterbreiten wollte, dennoch vorzunehmen. Sie lautet:

Präsident und Mehrheit des Landtages haben alle anwesenden Mitglieder der Fraktion der SPD, seit dem 4. Mai durch Volksgericht an der Ausübung ihrer Abgeordnetenrechte und -pflichten verhindert.

Dieser grobe Verfassungsbruch wird auch dadurch nicht gemildert, daß ihn die Mehrheit dieses Hauses in der Geschäftsordnung sanktioniert hat. Wenn wir die Verweigerung unserer Rechte nicht verdrängen könnten, so bedeutet das keineswegs, daß wir den Verfassungsbruch, die verfassungswidrigen Bestimmungen der VO und deren Anwendung als rechtmäßig anerkennen.

Die Bestimmungen der VO sind nicht nur rechtlich, sondern sie sind außerdem auch in der verfassungswidrigen und im Verstoß gegen das parteiliche Gesetz angewendet worden. Orell tritt die parteiliche Handhabung der VO hervor in der Tatsache, daß der Abgeordnete Kayser in einer in Abwehr größlicher Beleidigungen durch die sozialdemokratischen Abgeordneten gemachten Gegenüberstellung von der Sitzung ausgeschlossen wurde, während bis heute gegen keinen der sozialdemokratischen Abgeordneten (Gammert, Schreiber, Jannas, Hubert, Schuber und Pahlke), die neben anderen Mitgliedern ihrer Fraktion eine wüste Schlägerei entsetzt und dadurch die Aufhebung der Sitzung herbei geführt haben, die geringste disziplinarische Maßnahme getroffen worden ist.

Die kommunistische Fraktion hat mehrfach ein Entschreiben des Präsidiums gegen die sozialdemokratischen Schläger gefordert. Der Präsident Keiner hat dies abgelehnt mit der Begründung, er könne gegen die Teilnehmer an der Prügelei nicht vorgehen, weil er sofort nach dem Beginn dieser den Präsidienstuhl verlassen habe. Die Betroffenen konnten Privatklage erheben. (Protokoll der 111. Sitzung des Reichstages vom 4. Mai 1923.)

Diese Begründung ist völlig unwahr und wird sogar durch das amtliche Protokoll als unwahr aufgedeckt.

Der amtliche Bericht gibt über den Sachverhalt - 22. Sitzung des Landtages vom 4. Mai 1923 - folgende Darstellung:

Mitglieder der SPD, bringen auf den Tag, Tag ein. Es entsteht ein großes Getöse, das in eine längere Schlägerei ausläuft.

Daß diese Schlägerei die Ursache war, die den Präsidenten Keiner veranlaßte, die Sitzung zu unterbrechen, geht aus seinen eigenen Worten hervor. Er fährt nach dem Ereignis notwendig aus:

Ich habe bemerkt, daß es sich hier um ein Schandparlament handelte, eine Schlägerei entstand. Ich habe Schlimmes was ich mir in einem Parlament denken kann. Ich habe sofort den Präsidienstuhl verlassen, da ich unter weicher Leitung derartige Szenen nicht als in der Sitzung des Landtages gesehen werden will.

Derselbe Präsident, der gegen die Schläger nicht vorgehen zu können vorgibt, hat in der 112. Sitzung des Reichstages nach dem Protokoll erklärt:

Ich muß beklagen, daß die Schlägerei heute er auf Grundgesetz erfahren, daß der Abgeordnete Kayser den mehrfach erwähnten Jannas, nach dem auch der Abschluß über den Schlußantrag gemacht habe. Was er nicht gehört habe, das er nicht sagen will.

Es besteht also die schändliche Tatsache, daß der Präsident ein Mitglied der kommunistischen Fraktion ausgeschloffen hat, wegen eines Jankes, der er nicht gehört hat, während er doch der Ordnung gewillt war, er nicht gehört habe, das er nicht sagen will. In dem

Tag hierzu hat der Präsident gesehen, wie die Schlägerei, was er sich in einem Parlament denken kann, eine Schlägerei, entstanden ist. Und obgleich ihm nun die Schläger namentlich bekannt sind, ergreift er offene Partei für seine Fraktionsgenossen, indem er, unter seiner Leitung derartige Szenen nicht als in der Sitzung des Landtages gesehen ansehen will. Wergekann sich die Parteilichkeit eines Präsidenten in der Geschäftsführung nicht zeigen. Und die Mehrheit, die diese Geschäftsführung des Präsidenten stützt, zeigt damit offen, daß ihr parlamentarisches Regiment nicht „Recht“ und Verfassung, sondern nur die brutale Gewalt kennt. (Schluß folgt.)

Eph-Liebermann-Aufs im Breslauer Polizei-Präsidium

Heer Volkspräsident Kleibömer - Der Nachfolger Liebermanns - bemüht sich seit dem Sebering-Erlass, die Methoden seines berühmtesten Vorgängers zu üben.

Wir haben bisher Herrn Kleibömer wegen seiner Objektivität höher eingeschätzt als den Renegaten Sebering.

Seit dem infamen Antikommunistenerlass ist der Breslauer Polizeipräsident aber lebendiger als Sebering geworden.

Während die politische Polizei in Breslau wenn es Orgeschpad zu verfolgen gilt, vor 9 Uhr nicht zu sprechen ist, wurde am Freitag morgens 6 Uhr die gesamte politische Polizei gegen die Kommunisten aufgebotsen. Unser Genossen wurden aus den Betten geholt und Stundenlang auf dem Polizeipräsidium festgehalten.

In unserer Buchhandlung haussuchten 5 Beamte. Wie immer - vergeblich; denn die KPD hat nichts zu verbergen.

Die Genossen Müller, Rogall, Hartsh sowie eine große Anzahl anderer Genossen, die unser Grundstück bewacht hatten, wurden listig, so daß wir unsere Buchhandlung einige Stunden schließen mußten.

Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Genossen Rogall wurden Mitglieder eines Distriktes beschlagnahmt.

Wir fragen: Will die politische Polizei sich auf diese Weise Kenntnis von Dingen verschaffen - die mit der angeblichen Strafaktion in keinem Zusammenhang stehen?

Will sie sich auf diese sogenannte legale Weise Kenntnis von Dingen verschaffen, über welche die unser Grundstück seit Tagen umlagenden Spitzel - sogar solche in Postform - nicht berichten?

Es erweckt den Anschein, als wenn die Herrn Sebering nachgeordneten Organe schon jetzt die Vorbereitungen für das von der Deutschen Volkspartei geforderte Verbot der KPD treffen wollen.

Die gesamte Arbeiterklasse in Breslau muß gegen die Wiedereinführung Eph-Liebermannscher Methoden schärfsten Protest erheben! Das Verhalten der Breslauer Polizei ist eine Provokation des gesamten Proletariats.

Man will uns hindern, das mit großem Opfern und freiwilliger wochenlangender Hilfsarbeit unserer Genossen aufgebaute Grundstück zu schützen! Weil wir unser Grundstück von den Faschisten nicht in Klumpen hauen lassen wollen, wird eine Staatsaktion gegen uns eingeleitet.

Das Nachbuch für unser Grundstück wurde beschlagnahmt. - Die Genossen, die das Verbrechen begangen haben, Ihre Nachtrache zu opfern und unser Haus zu schützen, werden soweit sie im Nachbuch verzeichnet sind, in unerhörter Weise drangsaliert. Man holt sie um 6 Uhr aus den Betten, durchwühlt ihre Wohnungen, schleppt sie auf die Polizei, raubt ihnen den Arbeitsverdienst, bannrührt ihre Frauen und Kinder.

Wir protestieren gegen diese Einführung wühelminischer Methoden!

Daß die „Vollmacht“, das halbhoftigste Organ des Polizeipräsidiums, schweigt, ist selbstverständlich. Wahrscheinlich will sie keinen Trara machen. Sie hat es ja nach eigenem Geständnis „nie besonders eilig“ wenn es den Kampf gegen die Reaktion gilt.

Die Arbeiter in den Betrieben - ohne Unterbruch der Partei - müssen gegen die unerhörten Polizeihandlungen gegen ihre Arbeitsbrüder flammenden Protest einlegen.

Wie die deutsche Bourgeoisie faßt

Im Jahre 1913 betrug die deutsche Einfuhr an Äpfeln und Erdbeeren 22000 Doppelzentner, die Ausfuhr 19000 Doppelzentner. Es wurden also 8000 Doppelzentner mehr getrunken, als in Deutschland erzeugt wurde.

1922 dagegen wurden 64000 Doppelzentner eingeführt und nur 8400 ausgeführt. Es wurden also rund 60000 Doppelzentner mehr getrunken - man muß schon sagen geoffen - als Deutschland erzeugt arte.

Während die Bourgeoisie sich dermaßen bereicherte und die Bevölkerungsziffer, die ja in erster Linie die Lage der ungeheuren proletarischen Mehrheit der Bevölkerung wiedergibt, in geradezu katastrophaler Weise.

Die Lage der Arbeiterklasse in Rußland

Von August Enderle, Moskau

Der nachfolgende Artikel ist von dem Genossen E. D. E. L. E., der seit einem halben Jahr in Sowjetrußland lebt, für die Metallarbeiterzeitung geschrieben worden. Bedauerlicherweise hat sich die Redaktion dieses Blattes nicht zur Veröffentlichung entschließen können. Sie behauptet, daß ihr dies der „knappe Raum“ nicht gestattet. Die M.-Z. wird nicht viele Leser finden, die ihr diese Ausrede glauben. Der „knappe Raum“ hört nämlich für die M.-Z. stets dann auf, ein Hindernis zu sein, wenn es sich um die Unterbringung antikommunistischer Artikel handelt. Dieselbe Nummer, die den stark gefürchteten Artikel Enderles bringt, enthält beispielsweise nicht weniger als drei längere Notizen mit antikommunistischem Inhalt, die zusammen zwei Spalten der M.-Z. füllen. In Wirklichkeit hat die Metallarbeiterzeitung den Artikel Enderles aufgenommen, um zu verhindern, daß die Leser der M.-Z. an Hand der Tatsachen sehen, mit welcher beweislichen Mitteln der Menschewist E. H. Dan, den die Metallarbeiterzeitung als „den hervorragenden Führer der russischen Sozialdemokratie“ und als den „besten Kenner Rußlands und der jüngsten russischen Revolution“ ihren Lesern vorstellt, arbeitet, um die russische Revolution vor den Augen der westeuropäischen Arbeiter zu diskreditieren.

Wir bitten unsere Genossen, dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter den Inhalt des ganzen Artikels kennen lernen.

Die Redaktion.

Die Lage der Arbeiterklasse in Rußland

Unter obiger Überschrift erschien in Nr. 15 der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 14. April d. J. ein Artikel, der einen Auszug aus den bekannten zwei Broschüren von E. H. Dan darstellt. Der Artikel gibt aber ein so falsches Bild über die wirkliche Lage der Arbeiterverhältnisse in Rußland, daß ich mich im Interesse der Wahrheit meinen Verbandskollegen gegenüber verpflichtet fühle, dazu Stellung zu nehmen. Dies ist mir um so leichter möglich, als ich mich seit fünf Monaten in Rußland aufhalte, zu dem speziellen Zweck, in den verschiedenen Städten und Industriebezirken die Lage der russischen Arbeiter und besonders die der Metallarbeiter kennen zu lernen.

Wenn in dem fraglichen Artikel eingangs darauf hingewiesen wird, daß sich E. H. Dan bei seinen Angaben nur auf das kommunistische Quellenmaterial, d. h. auf die offizielle russische Presse stütze, so ist das kein Beweis der Objektivität, denn es ist bekannt, daß man mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten aus Zeitungsartikeln leicht das beweisen kann, was man eben beweisen will. Und diese „Kunst“ hat E. H. Dan in seinen Broschüren mit großem Geschick, aber gerade darum mit um so weniger Objektivität angewandt, denn seine sämtlichen Zitate, Lohnstabellen usw. aus dem „Trud“, der „Pravda“ und der „Iswestija“ sind bewußt einem Zeitabschnitt entnommen, in dem die Verhältnisse der Arbeiter, wie der ganzen Bevölkerung in Rußland am schlechtesten waren, und zwar in den ersten Monaten des Jahres 1922, wo einerseits die Hungerkatastrophe den höchsten Grad erreichte und andererseits die Umstellung der sogenannten kriegsökonomischen Wirtschaft zur neuen ökonomischen Politik erfolgte. D. h. in einer Zeit, wo der Staat aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen war, den staatlichen Betrieben die finanziellen Zuschüsse zu beschneiden oder teilweise ganz zu entziehen, die Betriebe aber noch nicht die nötigen Aufträge und nötigen Einnahmen und Kapitalien hatten, um den Arbeitern ihren bisherigen Lohn weiterzahlen zu können. Und doch war damals die Lage der russischen Arbeiter sehr schlecht, und alle Organe der Arbeiterklasse, Partei, Gewerkschaft, Presse usw. legten ihre ganze Energie daran, diesen Mangel so schnell wie möglich zu beseitigen. Deshalb auch gerade in jener Zeit die sehr große Ausmalung der Lage der Arbeiterklasse in den vielen russischen Zeitungen. Doch der Erfolg dieser energischen Arbeit begann sich sehr rasch einzustellen, denn schon die Lohnstabellen vom April und Mai 1922 zeigen eine anwärtstreibende Bewegung und die weiteren Pläne des Dezember 1922 beweisen, daß diese Bewegung

dem März 1922. Und warum? Weil die Veröffentlichungen der neuesten Lohnstabellen nicht in keine „Beweisführung“ gepaßt hätten und er dann den deutschen Arbeitern nicht hätte verschweigen können, daß die Reallohn der russischen Arbeiter vom März 1922 bis November fast durchweg um das zwei- bis dreifache gestiegen sind.

Zeigt schon diese Zitterkunst, daß E. H. Dan die Verhältnisse schlechter darstellen will, als sie in Wirklichkeit sind, so hat er als beräugter politischer Gegner der Bolschewiki offenbar jede Fähigkeit verloren, die wirtschaftlichen und politischen Erlebenskräfte und Auswirkungen einer gewaltigen sozialen Revolution, wie sie sich in Rußland vollzogen hat, anders als durch seine enge Parteibrille zu sehen. So erklärt sich, daß Dan alle wesentlichen und noch bestehenden Mißstände in Rußland als die Folgen der kommunistischen Politik, als die „Bilanz des Bolschewismus“ betrachtet, während doch jeder klar denkende Mensch erkennen muß, daß Rußland, das bis zur Revolution wirtschaftlich und politisch rückständigste Land Europas, nicht mit einem Schlage zu einem Idealstaat verwandelt werden kann, selbst wenn die Kommunisten auch in den Augen eines Dan's fehlerlose Menschen und Volkstücker wären und wenn sie nicht in vierjährigem Bürgerkrieg gegen Weichgarbisten die letzten physischen und wirtschaftlichen Vorräte hätten aufzehren müssen, um die Revolution zu verteidigen. Die Frage kann also nicht so gestellt werden: Ist die Lage der Arbeiterklasse unmittelbar nach der Revolution in jeder Hinsicht besser oder schlechter geworden, — sie wird zunächst in jeder Revolution schlechter werden, — sondern die Fragestellung muß vielmehr lauten: Beherrscht das Proletariat als Klasse den Staat und die Wirtschaft oder umgekehrt und geht die Linie für das Proletariat aufwärts oder abwärts? Und hier können beide Kardinalfragen zugunsten des Proletariats bejaht werden. Denn die Arbeiterklasse übt heute in der russischen Wirtschaft den bestimmenden Einfluß aus und nicht das Kapital. Wie nachfolgende Tabelle zeigt, geht die Kurve in bezug auf die Lage der Arbeiterklasse in Rußland ständig aufwärts, während sie in allen übrigen Ländern der Welt abwärts geht.

Die Arbeitslöhne der russischen Arbeiter

Die nachfolgenden Ziffern sind den offiziellen Berichten der russischen Gewerkschaften, bzw. denen des russischen Metallarbeiterverbandes entnommen, also denselben Quellen, die auch E. H. Dan benutzte. Ich habe deshalb die Metallarbeiterziffern genommen, weil diese unsere G.M.B.-Kollegen sicher am meisten interessieren werden. Vorausgeschickt will ich noch, daß in Rußland bei der Lohnabrechnung und -Bezahlung allgemein nach Warenrubeln gerechnet wird. Der Warenrubel wird von staatlichen und gewerkschaftlichen Wirtschaftsorganen errechnet durch die allmonatliche und in letzter Zeit alle 10 Tage in den verschiedenen Bezirken des Reiches vorgenommenen Preisfeststellungen für die 24 wichtigsten proletarischen Bedarfsartikel, wie Nahrung, Kleidung und Heizung. Der Warenrubel ist in der Regel höher als der Geldrubel. Durch diese Berechnungsmethode wird der Reallohn von den Schwankungen des Papierrubels fast nicht beeinflusst. Ausbezahlt wird selbstverständlich in von Warenrubeln umgerechneten Papiergeld. Die Löhne werden monatlich verrechnet. Um einen Vergleich zu den Verhältnissen unmittelbar vor dem Kriege zu ziehen, sei noch mitgeteilt, daß der monatliche Durchschnittslohn eines Metallarbeiters 1915 32 Rubel betrug.

Tatsächlicher Durchschnittsverdienst (Moskauer Warenrubel) eines Metallarbeiters in:

1922	Moskau	Petrograd	Scha-Low	Nischni-Nowgorod
Jan. Febr.	8,9	6,69	—	—
August	15,2	13,64	—	—
Septbr.	18,56	14,00	11,0	13,90
Oktr.	17,7	14,17	—	14,70
Novbr.	21,82	22,07	—	16,30
Dezbr.	21,64	19,35	17,40	18,30

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß der Durchschnittsreallohn der Metallarbeiter in den Hauptindustriestädten am Schluß des Jahres 1922 55 bis 65 Prozent des Friedenslohnes erreicht hat. Der Durchschnittsverdienst für sämtliche Arbeiterkategorien ist niedriger und betrug im Dezember 1922 49 Prozent, der Durchschnitt für sämtliche Sadastarbeiter 42 Prozent. Somit sind diese Löhne noch viel ge-

gering, aber sie sind bedeutend höher als die Durchschnittslöhne der deutschen Arbeiter. Die hochqualifizierten Arbeiter, wie Werkzeugmacher, Dreher, Monteure usw. verdienen bis 80 Prozent über die in obiger Tabelle angegebenen Durchschnittslöhne. Außerdem bestehen noch für die Arbeiter Vergünstigungen für Wohnung, Straßenbahn, Mittagessen usw., die allgemein auf mindestens 10 Proz. des Lohnes geschätzt werden. Obige Angaben sind, wie schon erwähnt, den amtlichen und gewerkschaftlichen Statistiken entnommen und ich habe ihre Richtigkeit bei Betriebsbesichtigungen in Außenbezirken von Fabriken der verschiedenen Bezirke Rußlands durch Nachfrage bei den Arbeitern, wie bei der Durchsicht der Lohnbücher bestätigt gefunden.

Noch ein Wort über die von Dan und auch in dem Artikel der M.-Z. erwähnten Lohnschulden der Staatsbetriebe, d. h. der nicht ausgezahlten Löhne an die Arbeiter. Auch darin ist eine gewaltige Besserung eingetreten, und nicht ausbezahlte Löhne gehören heute glücklicherweise zu den Seltenheiten. Das ver spätete Ausbezahlen der Löhne ist ein in der wirtschaftlichen Not begründeter Mißstand, der von allen Organen mit Erfolg bekämpft, aber noch nicht ganz beseitigt ist.

Wie werden Tarife abgeschlossen?

Fast für die gesamte russische Arbeiterklasse bestehen Kollektivverträge. Jede sechs bis drei Monate werden die Tarifverträge erneuert und zwar durch Verhandlungen zwischen den Industrielleitungen (die Direktoren sind fast ausschließlich ehemalige Arbeiter, alte Parteigenossen und Gewerkschafter) und den Gewerkschaften. Es ist ganz selbstverständlich, daß hierin nicht der Klassenkampf in Erscheinung tritt, sondern daß die Verhandlungen gemeinschaftliche Feststellungen des wirtschaftlich Möglichen darstellen. Bei Differenzen, die naturgemäß oft eintreten, wird die Entscheidung von einer Schlichtungskammer oder einem Schiedsgericht gefällt. Diese Schiedsgerichte muß das Volkskommissariat der Arbeit einberufen, aber nur, wenn es die Gewerkschaft fordert. Den Betriebsleitern und Privatunternehmern steht dieses Recht nicht zu. Wollen die Gewerkschaften kein Schiedsgericht, dann haben sie jederzeit die Möglichkeit, zu streiken, was aber in Staatsbetrieben fast nie vorkommt. Nach dieser juristischen Sachlage ist das Recht fast vollkommen auf Seiten der Arbeiter. Den Privatunternehmern ist es ganz unmöglich, Ausperrungen vorzunehmen, weil sie jederzeit durch ein Schiedsgericht zu der bedingungslosen Anerkennung der dort festgesetzten Lohnbedingungen werden können.

Wie werden Akord- und Lohn Differenzen in den Betrieben geregelt?

In allen Betrieben gibt es eine paritätische Lohnkommission, in der alle strittigen Lohn- und Akordfragen gelöst werden. Die Arbeitervertreter in dieser Kommission unterstehen dem Arbeiter-Fabrik-Komitee und können jederzeit abberufen werden. Das Fabrik-Komitee untersteht der strengsten Kontrolle der Gewerkschaften. Jeder Arbeiter, der mit der Entscheidung der Lohnkommission nicht einverstanden ist, kann die Gewerkschaft zur Vermittlung anrufen.

Die Arbeitszeit

Unter diesem Kapitel magt E. H. Dan in seinen Broschüren selbst aus der Zeit vor Anbruch des Jahres 1922 an keine Angaben mehr zu machen, sondern beschränkt sich in seinen Zitaten auf die Jahre 1920 und 1921. Und warum? Auch hier wieder deshalb, weil seit Ende 1921 eine grundsätzliche Besserung eingetreten ist und der Acht- bzw. Sechsstundentag fast allseitig durchgeführt und eingehalten wird.

Wie sind die vom „Trud“ und der „Pravda“ berichteten langen Arbeitstagen 1920 und 1921 zu erklären? Nach der Februar-Revolution 1917 führten die Arbeiter ohne besondere Gesetze den Achtstundentag durch Gesetz festgelegt wurde dieser erstmalig durch ein Regierungsdekret die Lage nach der Oktober-Revolution. Doch in den folgenden Jahren des Bürgerkrieges war an eine allgemeine Anwendung oder amtliche Kontrolle des Achtstundentages nicht zu denken. In der Kriegszeit wurde befohlen, die Arbeiter vielschlagig selbst 12 Stunden pro Tag zu arbeiten, um die Armeen, ihre an den Fronten kämpfenden Klassenkassen, nicht im Stich zu lassen. Die gewerkschaftlichen Organisationskräfte, die eingetretene Verzögerungen und Verzerrungen nachträglich zu beseitigen suchten, konnten

ber durch die Blockade hervorgerufenen allgemeinen Warenmangel zeitig naturgemäß die schlimmsten Auswüchse auch in bezug auf die Arbeitszeit. Erst allmählich gelang es, aus diesen Gebieten wieder Ordnung zu schaffen und den Achtstundentag durchzuführen. Um dieses Ziel schnell zu erreichen, wurden überall Kontrollen vorgenommen, deren Ergebnisse — und wie die Zitate Dan's aus der russischen Presse der damaligen Zeit beweisen, mit aller Rücksichtslosigkeit in der Presse veröffentlicht. Und mit welchem Erfolg? Der nun erzwungene Achtstundentag wurde mit aller Strenge durchgeführt. Jede unerlaubte Ueberschreitung des Acht- bzw. Sechsstundentages wurde und wird mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen geahndet. Jeden Tag kann man im „Trud“ und ähnlichen Zeitungen derartige Verurteilungen lesen.

Uebersunden sind nicht ganz ausgeschlossen, aber die Erlaubnis hierzu darf in Privat- wie Staatsbetrieben nur die paritätische Lohnkommission in den Betrieben unter Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertreter erteilen. Kleinere Betriebe, wo keine Lohnkommission besteht, müssen die Erlaubnis von dem Gewerkschaftsleiter und den Gewerkschaften einholen. Unter keinen Umständen dürfen in einem Jahre mehr als 120 Uebersunden gemacht werden. Daß diese Norm eingehalten wird, beweist das Statistikk des Metallarbeiter-Verbandes, nach der in der ersten Hälfte des Jahres 1922 nur 5,8 Prozent Uebersunden, gemessen an der Normalarbeitszeit, im ganzen Reiche gemacht wurden, in der zweiten Hälfte ist der Prozentsatz noch geringer. Jugendliche unter 18 Jahren, ebenso Frauen in bestimmten Gewerbebezirken dürfen unter keinen Umständen zu Uebersunden zugelassen werden.

So besteht heute in fast allen Betrieben Rußlands für die Arbeiter über 18 Jahren der achtschündige, für die Büroangestellten und Jugendlichen unter 18 Jahren der sechsstündige Arbeitszeit. Nur in ganz wenigen Bezirken und Industriezweigen, wo eine Steigerung der Produktivität durch Vermehrung der Arbeiterzahl infolge Wohnungsmangel nicht möglich ist, ist für bestimmte Frist ausnahmsweise der neunstündige Arbeitszeit zugelassen. Außerdem ist ein jährlicher Urlaub von mindestens 14 Tagen für alle Angestellten und Arbeiter und vor mindestens 4 Wochen für Jugendliche und Schwerarbeiter gesetzlich festgelegt.

Ist es nicht auffällig, daß darüber Dan mit seinem Wort berichtet? Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter heute in Rußland in einem ungleich besseren Verhältnis zu ihrem Betrieb und ihrer Betriebsleitung stehen, als ihre Klassenossen in den kapitalistischen Ländern. Das freie, rein kollegiale Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Meistern, Ingenieuren und Betriebsleitern ist mir bei allen Betriebsbesichtigungen angenehm aufgefallen. Dann Arbeiterclubs, Klubräume, Bildungs- und Erholungsräume, Bibliotheken usw. in jedem Betrieb. Sie zeigen jedem ausländischen Besucher der Fabriken Rußlands einen so gewaltigen Fortschritt, den die Revolution den Arbeitern gebracht hat, daß er nur mit Schmerz an die fortgesetzten falschen Darstellungen in einem großen Teil der deutschen Arbeiterpresse denken kann.

Worte und Taten

Zum Schluß noch ein paar Worte über die für die Bolschewiken fast unerschöpflichen Presseveröffentlichungen über die verschiedenen Mißstände, wie z. B. die in dem Artikel der M.-Z. fett gesetzte Stelle von der herrschenden Sowjet- Bourgeoisie. In diesem Juni (Iswestija vom 11. November 1921) beging Dan eine Leibe, aber nicht zufällige Ungenauigkeit bei der Uebersetzung. Er schreibt von „obersten Sowjetbeamten“. In Wirklichkeit lautet die genaue Uebersetzung wörtlich (Semburew) Sowjet-Bourgeoisie. Der Unterschied in diesem Fehler Dan's besteht darin, daß die „obersten Sowjetbeamten“ Genie, Koschew, Bogdanow, Gumatsharski u. a. sind, während unter dem Begriff Sowjet-Bourgeoisie in ganz Rußland jene höheren Beamtenelemente in der Verwaltung, Eisenbahn, Staatsbetriebe usw., die Spezialisten sind und physische Vorkenntnisse unter dem Fachbegriff „Bourgeoisie“ verstanden werden. Der betreffende Artikel in der „Iswestija“ ist ein Schlüsselartikel und verurteilt den „Trud“ und die „Pravda“ zur Offenbarung der Tatsache, daß es ihnen und den ihnen anhängenden Zeitungen nicht mehr möglich

Man aber die Stoffe ferner weg, dem mit
müssen beide die Gasse (den Gern) noch
anbringen und abgeben. Jeder ohne ein
Dort zu legen, arbeitet noch keinen Stoffen,
damit noch alles fertig wird.
Diebeeren, roten die Abnehmer, aber
sich nicht im Gern, und wiederum wird
die Gasse ferner weg, dem mit
Kornen der dort arbeitenden Gassen. Man
kaucht die Gasse nicht bei Arbeiter jugend
gehört
Zwischen ist in die Gasse im Gern
in den Gassen, wo die Gasse
genährt, welche dort unter
leben, ja man muß es legen, die in
leben noch die Gasse ferner weg, dem mit
müssen noch die Gasse ferner weg, dem mit
Erholung ferner weg, dem mit
der Gasse ferner weg, dem mit
weiter Gasse ferner weg, dem mit
anges Gasse ferner weg, dem mit
par, Arbeiterjugend ferner weg, dem mit
bungen auf
So, Arbeiterjugend ferner weg, dem mit
(Fortsetzung folgt.)

Die Straße als Behinderung

Son Emil P., Gießen
Zu meinen Zwecke die Straße in
son den Gassen ferner weg, dem mit
Her mehr in Gassen ferner weg, dem mit
nicht Gassen ferner weg, dem mit
richtig ferner weg, dem mit
son den Gassen ferner weg, dem mit
nicht Gassen ferner weg, dem mit
richtig ferner weg, dem mit
son den Gassen ferner weg, dem mit
nicht Gassen ferner weg, dem mit
richtig ferner weg, dem mit

1. Der Gasse ferner weg, dem mit
2. Das Gasse ferner weg, dem mit
3. Das Gasse ferner weg, dem mit
4. Das Gasse ferner weg, dem mit
5. Das Gasse ferner weg, dem mit
6. Das Gasse ferner weg, dem mit
7. Das Gasse ferner weg, dem mit
8. Das Gasse ferner weg, dem mit
9. Das Gasse ferner weg, dem mit
10. Das Gasse ferner weg, dem mit

Der Arbeitslose

Zwei Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit

1. Das Gasse ferner weg, dem mit
2. Das Gasse ferner weg, dem mit
3. Das Gasse ferner weg, dem mit
4. Das Gasse ferner weg, dem mit
5. Das Gasse ferner weg, dem mit
6. Das Gasse ferner weg, dem mit
7. Das Gasse ferner weg, dem mit
8. Das Gasse ferner weg, dem mit
9. Das Gasse ferner weg, dem mit
10. Das Gasse ferner weg, dem mit

Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit

1. Das Gasse ferner weg, dem mit
2. Das Gasse ferner weg, dem mit
3. Das Gasse ferner weg, dem mit
4. Das Gasse ferner weg, dem mit
5. Das Gasse ferner weg, dem mit
6. Das Gasse ferner weg, dem mit
7. Das Gasse ferner weg, dem mit
8. Das Gasse ferner weg, dem mit
9. Das Gasse ferner weg, dem mit
10. Das Gasse ferner weg, dem mit

Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit

1. Das Gasse ferner weg, dem mit
2. Das Gasse ferner weg, dem mit
3. Das Gasse ferner weg, dem mit
4. Das Gasse ferner weg, dem mit
5. Das Gasse ferner weg, dem mit
6. Das Gasse ferner weg, dem mit
7. Das Gasse ferner weg, dem mit
8. Das Gasse ferner weg, dem mit
9. Das Gasse ferner weg, dem mit
10. Das Gasse ferner weg, dem mit

Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit

1. Das Gasse ferner weg, dem mit
2. Das Gasse ferner weg, dem mit
3. Das Gasse ferner weg, dem mit
4. Das Gasse ferner weg, dem mit
5. Das Gasse ferner weg, dem mit
6. Das Gasse ferner weg, dem mit
7. Das Gasse ferner weg, dem mit
8. Das Gasse ferner weg, dem mit
9. Das Gasse ferner weg, dem mit
10. Das Gasse ferner weg, dem mit

Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit
Arbeitslose ferner weg, dem mit
Gassen ferner weg, dem mit

1. Das Gasse ferner weg, dem mit
2. Das Gasse ferner weg, dem mit
3. Das Gasse ferner weg, dem mit
4. Das Gasse ferner weg, dem mit
5. Das Gasse ferner weg, dem mit
6. Das Gasse ferner weg, dem mit
7. Das Gasse ferner weg, dem mit
8. Das Gasse ferner weg, dem mit
9. Das Gasse ferner weg, dem mit
10. Das Gasse ferner weg, dem mit

Aus Breslau Proletarischer Kurzzettel

Auch diese Woche sehen wir, daß der Wert des Metalllohn wieder gesunken ist. Unter dem Einfluß der Ueberbewertung des Dollars und anderer stabiler Geldsorten werden die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel weiter in solche wahnsinnige Höhen getrieben, daß die arbeitende Bevölkerung mit jedem neuen Tage der Hungerkatastrophe näher getrieben wird. Daneben aber sehen wir, wie sich die Arbeiter, an ihrer Spitze der kapitalistische Staat, an der Not des Volkes mäktet.

Als unser Mitarbeiter um 9 Uhr durch die Straßen ging, waren an den meisten Waren in den Schaufenstern keine Preise. In einzelnen Geschäften waren Inhaber und Angestellte dabei, die Preisschilder zu entfernen. Gegen 12 Uhr mittags konnte unser Mitarbeiter feststellen, daß z. B. amerikanisches Schmalz um 1000 Mark in drei Stunden gestiegen war. Eine Anzeige gegen die betreffenden Geschäftsinhaber zu erheben, ist zwecklos, da das Gesetz die Arbeiter schützt. Die Kaufleute bemühen sich um die Ueberbewertungspreis- und Löhnen, immer gestützt auf die Besetze des kapitalistischen Staates, unbehindert Millionen über Millionen aus den Taschen der Proletarier ziehen.

Der Proletarier seufzt, die Frauen schimpfen an den Straßenden über die hohen Preise. Aber keiner von den Unglücklichen denkt daran, daß das geeinte Proletariat die Macht hat, den Wucher zu befeitigen. Proletarische Kontrollauschüsse müssen immer und immer wieder gefordert werden.

Ware	Menge	Preis am 8. Juni 1923		Preis im Mai 1918	
		ztl.	EinArbeit. arb. bastir	ztl.	EinArbeit. arb. bastir
Rindfleisch	500 g	11500	8,23 Stb.	1,01	2 Stb.
Schweinefleisch	500 g	12800	9	1,78	3 Stb.
Wurstfleisch	500 g	7000	5	0,42	50 Stb.
Rohfleisch	500 g	3300	2,96	0,22	25 Stb.
Gerling, gefalzen	500 g	600	20 Stb.	0,08	5 Stb.
Walgemein	500 g	2100	1,5 Stb.	0,16	19 Stb.
Walgemein	500 g	1800	1,29	0,48	58 Stb.
Walgemein	2000 g	6100	4,36	0,48	58 Stb.
Semmel	500 g	2100	1,5	0,23	27 Stb.
Strapuz	500 g	1800	1,29	0,20	24 Stb.
Schinken	500 g	1800	1,29	0,19	28 Stb.
Weiße Bohnen	500 g	1800	1,29	0,20	24 Stb.
Kaffee	500 g	28000	20	1,80	3,8 Stb.
Kaffee	500 g	9000	6,43	1,80	3,80 Stb.
Zee	500 g	44000	31,43	3,10	5,2 Stb.
Butter	500 g	1200	5,2 Stb.	0,24	29 Stb.
Meis	500 g	2500	1,85 Stb.	0,29	3,4 Stb.
Margarine	500 g	10000	7,15	0,80	1,6 Stb.
Wollmilch	1 Liter	1050	4,6 Stb.	0,19	23 Stb.
Butter	500 g	12000	8,58 Stb.	1,37	2,74 Stb.
Eier	1 Stück	800	27 Stb.	0,06	7 Stb.
Rohschinken	500 g	7000	5 Stb.	4,00	8 Stb.
Wurstfleisch	500 g	7000	5 Stb.	0,06	7 Stb.
Petrolöl	1 Liter	3000	2,15	0,20	24 Stb.
Gas	1 cbm	700	33 Stb.	0,16	18 Stb.
Strom	1 kWh	1150	63	0,26	30 Stb.
Eier	0,95 l	700	30	0,16	18 Stb.
Schmalz	500 g	12000	8,58 Stb.	0,90	1,4 Stb.
1 Dollar	5000	5,72	4,18	8,6 Stb.	

Ein „tüchtiger“ Oberingenieur der Straßenbahn

Die städtische Straßenbahn ist offenbar noch nicht unrentabel genug. Die Defizitwirtschaft, die eine Zeit lang schon gemildert war, soll offenbar wieder einsehen und ins Allernotwendigste gesteigert werden.

Die Breslauer Einwohner werden in der letzten Zeit einen gelb angestrichenen, neu gebauten, schweren Anhängerkarren bemerkt haben. Es handelt sich um einen von dem Oberingenieur Hübde erbauten Wagen, der in der bürgerlichen Presse als technischer Fortschritt über den grünen Klee gelobt wurde. In Wirklichkeit bedeutet der neue Wagen keinen technischen Fortschritt, sondern Rückschritt und schwere Belastung des Ausgabebudgets der städtischen Straßenbahn.

Der Wagen besitzt nämlich einen Konstruktionsfehler und muß zu seiner Befahrung mehrere Zentner Sand auf dem Dach und unter den Achsen in Kästen mit sich führen. Ohne diese Belastung würden die Fahrgäste durch Schläge schwer erschüttert werden. Selbstverständlich ist ein größerer Stromverbrauch durch diese Belastung unvermeidlich. Trotzdem will der Magistrat alle neuen Wagen nach diesem System Hübde bauen, was eine katastrophale Defizitwirtschaft bedeuten würde. Herr Hübde verglich, als er auf den Konstruktionsfehler aufmerksam gemacht wurde, den Wagen mit einer Geige, deren Ton zu schrill ist und durch einen Dämpfer gemildert werden muß. Nun, die Arbeiter, welche die Zuschüsse zur Bahn mit erhöhten Gaspreisen bezahlen müssen, bedanken sich für die kostspielige Verbesserung der Luft für mich mitgeschleppte Sandfäcke. Sie bedanken sich auch für den tüchtigen Oberingenieur, der sich immer als Arbeiterfeind gezeigt hat. Dieser Herr brachte es fertig, i. Jt. einem 30 Jahre im Betrieb stehenden Arbeiter zu sagen: „Was haben Sie eben in den 30 Jahren Ihrer Tätigkeit Oberingenieur?“ Nun, die Leistung des Herrn Oberingenieurs — der nach der Direktivstellung bei der Straßenbahn steht, bestand darin, daß er einen Wagen schuf, welcher der Stadt einen Millionen Schaden verursachen kann. Freis Bahn dem Tüchtigen. Schrieb Herr Hübde einst in einem Artikel. Wahrscheinlich glaubt Herr Hübde, daß er durch den Bau des neuen Sand-schleppwagens seine Tüchtigkeit beweisen und das Advancement verdient hat.

Wesentliche SPD-Verammlung

„Der Kampf im Ruhrgebiet und die Not der Arbeiterschaft“, so lautete das Thema bei am 5. Juni im Gewerkschaftshaus abgehaltenen sozialdemokratischen Parteiverammlung; die Redner des Abends, Frau Bohr-Schub, aber machte es sich zur Aufgabe, ein lebendiges Bild

Die Stadtverordnetenwahlen in Landeshut

Man schreibt uns aus Landeshut: Je näher der Tag zu den Stadtverordnetenwahlen herankommt, um desto mehr ist das Bestreben der Bürgerlichen bemerkbar, mit allen Mitteln, Beeinflussung und Verleumdung, sich die zur Erlangung der Mehrheit notwendigen Stimmen zu ergattern. In erster Linie rechnet man hierbei auf die Unterstützung der noch nicht politisch aufgeklärten Kreise der Arbeiterfrauen und erwachsenen Mädchen. Dieselben Kreise, welche das Proletariat im Haushalt als Dienstmädchen, in Fabrik und Werkstatt als Arbeiter und Arbeiterinnen und der Tätigen in den Büros mit geradezu erbärmlichen Löhnen abspülen, stellen sich jetzt als die prominenten Vertreter der Ordnung hin. Aus der Not geborene, den Herrschenden im jetzigen Augenblick gerade zurecht kommende kriminelle Vergehen müssen dazu herhalten, für die bürgerliche Mischmaschliste Stimmung zu machen. Und dabei sind es gerade diese Kreise, welche aus Verehrungslust das Elend der heutigen Zeit und damit die Steigerung der Kriminalität herbeigeführt haben. Diese Kreise sind es auch, welche als Fabrikant, Kaufmann oder Landwirt rücksichtslos die Griffs der unteren Schichten, sei es durch Verweigerung auskömmlicher Löhne, sei es durch übertriebene Hinausschraubung der Preise, untergraben. Aber geradezu gravierend ist es, daß die christlichen Organisationen ihre Vertreter in dieser reaktionären Liste haben. Ein Schauspiel für Obster! Ein christlich organisierter Weber, Mitglied des Ortsvorstandes, neben Schatzmachern wie Dr. Frahne, Aberle und Schlor. Wie dabei die Christlichen die Interessen ihrer Mitglieder wahren wollen, bleibt vorläufig ihr Geheimnis. Den Arbeitern und Arbeiterinnen aber muß es zu denken geben; es muß ihnen ohne weiteres klar sein, daß eine Unterstützung der bürgerlichen Liste geradezu Selbstmord ist.

Natürlich fehlt auch die „Bergwacht“ nicht wenn es gilt, die Kommunisten zu verleumden. Sie behauptet, der Wahrheit zuwider, daß der Genosse Skjellerup sowie die Genossen Scholz und Kühn geäußert hätten, die Kommunisten haben kein Interesse am Stadtparlament. Für

die Widersprüche abzugeben, in die sich die SPD. unentwärtbar verstrickt hat.

Ausgehend von dem Elend, das seit Kriegsausbruch auf den Völkern lastet, kommt sie auf die neue Kriegsgefahr zu sprechen und erklärt wörtlich: „Wenn die Völker nicht ganz energisch ihr Geschick in die eigene Hand nehmen, dann wird ein neuer Krieg unvermeidlich sein.“ Die Idee der Gewalt muß durch die Gewalt der Idee überwunden werden. Und nun die Konsequenz, die sie daraus zieht: „Darin haben wir alle gewaltigen Suptionen, ganz gleich, ob sie von rechts oder von links kommen, zu bekämpfen.“ Wenige Sätze nachher sagt sie, vom Ruhrgebiet sprechend: „Es geht durch große Massen der Arbeiterschaft eine vollberechtigte Empörung. Die bürgerliche Regierung Suno sei mitschuldig an dem französischen Ruhrreimarsch, darum müsse sie die Suppe, die sie sich eingebröckelt hat, selbst auslöffeln.“ Wacher spricht sie davon, daß eine bürgerliche Regierung niemals den einzigen Weg der Rettung beschreiten wird: „Erfassung der Sachwerte!“ Nach Beendigung der Ruhraktion werde Suno verschwinden, denn die SPD. wird Volkentscheid oder Neuwahlen unter der Parole: „Sachwertfassung oder nicht!“ fordern. Die Spannung zwischen Löhnen und Lebenshaltung ist eine ernste Gefahr des inneren Friedens und die wirkliche Ursache der Unruhen im Ruhrgebiet. Es ist falsch, daß die bürgerliche Presse die Kommunisten dafür verantwortlich macht. (Zuruf: „Volkswacht“) Mit dem Appell: „Halte Frieden, keine Gewalt, wähle das nächste Mal sozialdemokratisch!“ schließt die Rednerin.

Als erster Diskussionsredner spricht Genosse König, SPD. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung prallt jeder Appell an die Vernunft ab. Die Situation in Deutschland ist ernster als je. Schon dürfen es sich bewaffnete Faschisten erlauben, mit schwarz-weiß-roten Fahnen und monarchistischen Kolbarden durch die Straßen Breslaus zu ziehen. Die Volkzeit, von Kommunisten aufmerksam gemacht, lehnt es ab, einzuschreiten. Ein Polizeileutnant, der sich telephonisch an das Polizeipräsidium wendet, erhält zur Antwort, es handele sich um eine Selbstschuborganisation, die den Zweck habe, die Deutsche Offront gegen Polen zu schützen, darum liege kein Grund vor, einzugreifen. In Wirklichkeit aber war diese Bande zu einer „Fahnenweihe“ nach Metzing gefahren. Weil die Kapitalisten nicht mehr imstande sind, ihre Lohnfresser zu ernähren, deshalb schaffen sie sich Organisationsorgane gewalttätiger Unterdrückung herbei. Es ist

die Kommunisten läme nur die Diktatur in Frage.

Die Äußerungen unserer Genossen sind natürlich vollkommen entstellend wiedergegeben worden. Trotz aller grundsätzlichen Gegnerschaft des bürgerlichen Parlaments, vertreten nur die Kommunisten im Stadtparlament entschieden und rücksichtslos die Interessen der Arbeiterschaft, während die SPD., gebunden durch ihre Koalitionspolitik in Preußen, auch in der Stadtgemeinde mit dem Bürgertum paktieren und die Interessen der Arbeiter verraten.

An alle Genossen in Kottbusch, Gottesberg, Schwarzwaldbau, Hermsdorf usw. ergoht daher der Ruf, ihre wahlfähigen Söhne, soweit sie in Landeshut angemeldet sind, zur Wahlbeteiligung am Sonntag von 9 Uhr bis 8 Uhr aufzufordern. Keine Arbeiterstimme den Bürgerlichen, reiflose Abgabe für die kommunistische Liste.

Die Namen unserer Kandidaten sind:

1. Wilhelm Scholz, Gewerkschaftssekretär.
2. Anna Paul, Weberin.
3. Gustav Müller, Buchdrucker.
4. Gustav Kühn, Schlofer.
5. Robert Hoff, Maler.
6. Richard Reichstein, Maurer.
7. Karl Pohl, Zimmerer.
8. Emil Wittig, Scheerer.
9. Friedrich Kühn, Dachdecker.
10. Emma Rieger, Weberin.
11. Willi Pföhner, Schuhmacher.
12. Gustav Rindfleisch, Zimmerer.
13. Josef Ortme, Bergarbeiter.
14. Hermann Lorenz, Angestellter.
15. Alexander Paul, Metallarbeiter.
16. August Thomas, Dachdecker.
17. Robert Wenzel, Gasanstaltsarb.
18. Paul Schwediner, Maler.
19. Frieda Rindfleisch, Ehefrau.
20. Wilhelmine Meier, Treiberin.
21. Ferdinand Böhm, Weber.
22. Gustav Martini, Bauarbeiter.
23. Arthur Rahlmann, Dachdecker.
24. Wilhelm Bräcker, Angestellter.
25. Paul Panier, Zimmerer.
26. Emma Kluge, Weberin.
27. Hermann Kluge, Transportarbeiter.
28. Wilhelm Krause, Werkstat.
29. Alfred Gottwald, Bergarbeiter.
30. Paul Otto, Zimmerer.
31. Karl Wehrich, Weber.
32. Gustav Zmann, Zimmerer.

Landeshuter Proletarier, wählt am Sonntag diese Arbeiterliste.

Daßer ein Rückfall in die Auffassung der Kleinbürgerlichen Sozialisten des vorigen Jahrhunderts, wenn die SPD. angesichts dieser Lage vom Frieden spricht und den Klassenkampf somit aufgibt. An Hand von Marx, Engels und Rosa Luxemburg beweist Genosse König, daß zur Führung des Klassenkampfes noch etwas anderes gehört, als das Streben nach Reformen. Zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung liegt die Periode der Diktatur des Proletariats, die die sozialdemokratischen Führer (aus Furcht vor den Folgen ihrer eigenen Handlungen) sich gern wegdenken möchten. Am Beispiel des ehemaligen Sozialdemokraten Millerands zeigt Genosse König, wie unsinnig die Koalitionspolitik der SPD. ist, wie notwendig ein Sozialist verumpft, der in eine bürgerliche Regierung eintritt. (Zuruf: „Doch, warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nahe!“) Zum Schluß erklärt Genosse König noch einmal, daß mit den friedlichen Mitteln der Demokratie weder die Konzentration des Kapitals, noch die Bewahrung des Bürgertums aufgehoben werden kann, daß aber diejenigen, die das Proletariat bewußt vom Klassenkampf abhalten, die volle Verantwortung für das namenlose Elend tragen, das heute nicht nur Kinder und Greise, sondern alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung erfaßt hat. Wir Kommunisten sind nicht Anhänger der Gewalt aus Liebe zur Gewalt, sondern weil wir die geschichtliche Notwendigkeit der Gewaltanwendung gegenüber der Bourgeoisie erkennen.

Am den Eindruck zu vertiefen, den diese Rede bei einer Anzahl von SPD.-Genossen gemacht hätte, ließ man nun alle Mienen springen. Zunächst mußten die bekannten SPD.-Parade-Maulesel antreten. Scharf bemühte sich dergleichen, aus Marx, Engels und Rosa Luxemburg Menschen zu machen, die den Marxismus, so wenig oder so falsch verstehen oder verstehen wollen, als er selbst. Stradaum erklärte, man soll nicht immer die alte Schuld der Sozialdemokraten von 1914 anhängen, man soll auch nicht davon sprechen, daß der ehemalige Sozialist und heutige Präsident Frankreichs, Millerand, durch Koalition mit dem Bürgertum ein Renegat geworden ist. (Signalfisch hat der Mann recht, denn das Renegatentum ist es, das die Sozialdemokraten Frankreichs wie Deutschlands in die Koalition mit dem Bürgertum stürzen ließ.)

Der Schlußwort erklärte die Referentin, daß uns das Elend nicht nur in der Wahl, sondern auch in der Wahl und Mitgliederwahl der SPD.

Wenn man den Schwachen Besuch sowohl der städtischen städtischen internationalen SPD.-Versammlung als auch die Bohm-Schub-Versammlung anlehnt, und in Betracht zieht, daß die SPD. angeblich 26 000 Mitglieder zählt, dann erkennt man, daß selbst die alten Mitglieder dieser Partei die Friedenshymnen fast haben. Die „Volkswacht“ ist auch schon sehr bescheiden geworden. In ihrem Bericht über die Versammlung nennt sie den Besuch gut und und gesteht gleichzeitig, daß die Gegner (Kommunisten) zahlreich vertreten waren, trotzdem es die „Volkswacht“ nur 32 Kommunisten in Breslau gibt. Entweder haben sich also diese verfluchten Kommunisten verflucht schnell vermehrt, oder die Gegner der SPD. gehöhen der SPD. selbst an. — Nun, die „Volkswacht“ wird noch beschämender werden.

Sprechhor

Montag bis Donnerstag, täglich 7 Uhr, Antonienstraße 35 bei Bohmeyer. Die Funktionäre holen am Montag abend die Programme Nikolafstraße ab.

Aus der Provinz

Gottesberg. Ein Erfolg der kommunistischen Jugend. Ein Gottesberger Jugendgenosse machte die Anregung, durch eine Wanderung nach Kaufung a. Rahn die Verbindung mit den dortigen Jugendlichen herzustellen. Am 27. Mai fielen wir in Kaufung eine öffentliche Jugendversammlung ab. Der Saal bei bei Springer erwies sich als zu klein, und ein großer Teil der erwachsenen Arbeiter mußte mit Stepphären an der Saaltür vorlieb nehmen. In klaren Worten schilderte Genosse Bedutke (Waldburg) das Elend der proletarischen Jugend und ging ein auf die Kämpfe der erwachsenen Arbeiter. Großer Beifall dankte dem Redner. 33 Arbeiter ließen sich in die SPD. aufnehmen, und es meldeten sich auch einige Jugendliche, so daß wir eine Ortsgruppe und eine Jugendorganisation gründen konnten. Eine Zellerfassung brachte über 8000 Mark. Es wurde dann beschlossen, am 2. Juni die erste Mitgliederversammlung abzuhalten.

Die Jugendgenossen müssen sich daran ein Beispiel nehmen. Sie müssen auf allen Wanderungen Landpropaganda machen, und nur so wird es uns gelingen, auch in den stillsten Winkel die Idee des Kommunismus zu tragen.

Kaufung. Die erste Mitglieder-versammlung. Am Sonntagabend, den 2. Juni fielen wir unsere erste Mitgliederversammlung ab, zu der auch indifferent Arbeiter geladen waren. Der Besuch war gut, annähernd 50 Arbeiter waren erschienen. Genosse Bedutke (Waldburg) sprach über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der kommunistischen Partei. Der Referent schilderte in zwei Stunden die Entstehung des Kapitalismus und seine Entwicklung bis zur heutigen Großindustrie. Er sprach über die Kämpfe, die die Arbeiterschaft führen mußte, er ging ein auf die Forderung der Sachwertfassung und dergl. mehr. Auch die Forderungen der SPD., Einheitsfront und Arbeiterregierung, schilderte er ausführlich und ermahnte am Schluß die Arbeiter, gemeinsam für die Ziele der kommunistischen Partei zu kämpfen, die Erwachsenen in der SPD., die Jugendlichen in der KJ. In der Diskussion wurden noch einige Fragen aufgerollt, z. B., warum sich die Kommunisten nicht an einer Koalitionsregierung beteiligen, unsere Stellung zu den Gewerkschaften usw. Genosse Bedutke gab im Schlußwort die nötigen Aufklärungen. Anschließend daran wurde zur Gründung einer Ortsgruppe geschritten, die heute schon 45 Mitglieder zählt. Gleichzeitig damit hat auch die „Schleifische Arbeiterzeitung“ in Kaufung festen Fuß gefaßt. Unsere Aufgabe wird es nun sein, die Saat, die wir gesät haben, zur Ernte reifen zu lassen. Eine Jugendgruppe, der 13 Jugendgenossen beitreten, wurde ebenfalls gegründet. Durch Jugendgenossen ist die Idee des Kommunismus nach Kaufung getragen worden und sie wird während als die junge Garbe des Proletariats im Kampfe vorangehen.

Reichenbach. Die abgebliebenen Sozialisten. Am 26. Mai fand im großen Saal „zur Sonne“ eine öffentliche Volksversammlung statt, einberufen von der Deutschsozialen Partei. Die Versammlung war gut besucht und zwar hauptsächlich von organisierten Arbeitern, die sich den breiten Schwanz der Arbeiter Betrüger nicht bieten lassen wollten.

Der angeseigte Referent, Herr Raut aus Berlin, konnte nicht erscheinen. In dessen Stelle waren zwei Herren aus Pöckau erschienen, welche in Forderungen nach Sachwertfassung, der heutigen Arbeiterzeitung zu sprechen, wie man das Kapital besitzgen könne. Die SPD. wurde allerdings an den Kopf geschlagen. In der Rede des Referenten wurde so hingehalten, wie ein Mörtelstück wäre. Die Herren w

